

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig - Hybridsitzung

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.03.2026, 14:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	14:00 Uhr
Ende:	17:32 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern) verhindert, * per Video, übrige Teilnehmer/innen in Präsenz

Frau Antonelli-Ngameni	Herr Köster
Frau Arning	Herr Kühn
Herr Bader	Herr Langer
Frau Bartsch	(Herr Lehmann)
Herr Behrens	Frau Lerche
(Herr Böttcher)	Frau Maul
(Herr Bratmann)	Herr Mehmeti
Herr Bratschke	Herr Merfort
Frau Braunschweig	Herr Möller
Herr Disterheft	Frau Mundlos
Frau Dr. Flake	Frau Ohnesorge
Herr Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Glogowski *	Herr Pohler
Frau Glogowski-Merten	Frau Saxel
Frau Göring	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Frau Schneider
Frau Hahn	Herr Schnepel
Frau Hillner	(Frau Schütze)
Frau Ihbe	Herr Stühmeier
Frau Jalyschko	Herr Swalve
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Täubert
Frau Johannes	Herr Volkmann
(Herr Jonas)	Frau vom Hofe
(Frau Kaphammel)	Frau von Gronefeld
Frau Kluth	Herr Wendt
Herr Knurr	(Herr Winckler)
Frau Köhler	Herr Wirtz

Verwaltung

Oberbürgermeister Dr. Kornblum
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Pollmann
Stadtbaurat Leppa
Dezernentin Prof. Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Rentzsch
Stadträtin Hanusch

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.02.2026
3. Mitteilungen
4. Anträge
 - 4.1. Kinder-FerienCard für Braunschweig
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN 26-28204
 - 4.2. Wohnmobiltourismus zum Tag der Niedersachsen stärken
Antrag der CDU-Fraktion 26-28361
 - 4.2.1. Wohnmobiltourismus zum Tag der Niedersachsen stärken
Stellungnahme der Verwaltung 26-28361-01
 - 4.3. Frauenstadtplan für Braunschweig
Antrag der Ratsfrauen Glogowski-Merten, Hahn, Ihbe,
Jaschinski-Gaus, Johannes, Lerche, Schütze, Antonelli-Ngameni,
Braunschweig, Dr. Flake, Göring, Jalyschko, Köhler, Kluth,
Ohnesorge, Saxel, Schneider, Arning und Bartsch 26-28373
 - 4.3.1. Frauenstadtplan für Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung 26-28373-02
 - 4.4. Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen und öffentlichen
Gehwegen 26-28465
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS
 - 4.5. Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen
Aufwendungen bzw. Auszahlungen 26-28476
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und CDU
 - 4.6. Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen
Aufwendungen bzw. Auszahlungen 26-28478
Antrag der CDU-Fraktion
 - 4.6.1. Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen
Aufwendungen bzw. Auszahlungen 26-28478-01
Änderungsantrag zum Antrag 26-28478
Änderungsantrag der CDU-Fraktion
 - 4.7. Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen
Aufwendungen bzw. Auszahlungen 26-28479
Antrag der SPD-Fraktion

4.8.	Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN	26-28480
4.9.	4 Jahre nach Kriegsbeginn: Partnerschaftsstein Kasan aus dem Stadtbild entfernen Antrag der FDP-Fraktion	26-28496
4.9.1.	4 Jahre nach Kriegsbeginn: Partnerschaftsstein Kasan aus dem Stadtbild entfernen - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/ Die GRÜNEN und CDU	26-28496-01
5.	Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	26-28447
6.	Berufung von einem Ortsbrandmeister und 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis	26-28314
7.	Berufung von einem Ortsbrandmeister und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis	26-28370
8.	Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft zur Absicherung einer Bundeszuwendung für die Hafенbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	26-28273
9.	Neufassung der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten	26-28274
9.1.	Neufassung der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten	26-28274-01
10.	Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	26-28485
10.1.	Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	26-28485-01
11.	Haushaltsvollzug 2026 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	26-28457
12.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	26-28401
12.1.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	26-28401-01
13.	Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“	25-28002

13.1.	Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“ Änderungsantrag zur Vorlage 25-28002 Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	25-28002-01
13.2.	Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“ Stellungnahme der Verwaltung	25-28002-02
13.3.	Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“	25-28002-03
13.4.	Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“ Antrag zur Vorlage 25-28002 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	25-28002-04
14.	Anfragen	
14.1.	Endlich Sicherheit für Beschäftigte und Patienten: Wie ist die wirtschaftliche Situation am Klinikum Braunschweig? Anfrage der CDU-Fraktion	26-28515
14.1.1.	Endlich Sicherheit für Beschäftigte und Patienten: Wie ist die wirtschaftliche Situation am Klinikum Braunschweig? Stellungnahme der Verwaltung	26-28515-01
14.2.	Winterdienst in der Stadt Braunschweig transparent gestalten Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS	26-28511
14.2.1.	Winterdienst in der Stadt Braunschweig transparent gestalten Stellungnahme der Verwaltung	26-28511-01
14.3.	Seit wann wurde das Braunschweiger Zwei-Standorte-Konzept durch eine Distanzregel gefährdet? Anfrage der AfD-Fraktion	26-28516
14.3.1.	Seit wann wurde das Braunschweiger Zwei-Standorte-Konzept durch eine Distanzregel gefährdet? Stellungnahme der Verwaltung	26-28516-01
14.4.	Entbürokratisierung und Beschleunigung kommunaler Verfahren Anfrage der CDU-Fraktion	26-28514

14.4.1. Entbürokratisierung und Beschleunigung kommunaler Verfahren
Stellungnahme der Verwaltung

26-28514-01

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:04 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist und der Rat ordnungsgemäß geladen sowie beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die Sitzung in hybrider Form stattfindet, also neben den in Präsenz Anwesenden auch Ratsmitglieder per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen. Er benennt die entschuldigenden sowie die per Videokonferenz zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellt fest, dass die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Saal anwesend sind.

Sodann gibt Ratsvorsitzender Graffstedt Hinweise zur Durchführung der Sitzung in hybrider Form und teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.6.1: Mittelbewirtschaftung: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen
Änderungsantrag 26-28478-01
- Zu TOP 4.9.1: 4 Jahre nach Kriegsbeginn: Partnerschaftsstein Kasan
aus dem Stadtbild entfernen
Änderungsantrag 26-28496-01
- Zu TOP 9.1: Neufassung der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten
Ergänzungsvorlage 26-28274-01
- Zu TOP 10: Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG
Vorlage 26-28485
- Zu TOP 10.1: Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG
Ergänzungsvorlage 26-28485-01
- Zu TOP 12.1: Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €
Ergänzungsvorlage 26-28401-01
- Zu TOP 13.4: Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“
Änderungsantrag 25-28002-04

Er teilt weiter mit, dass der unter Tagesordnungspunkt 4.1 aufgeführte Antrag 26-28204 „Kinder-FerienCard für Braunschweig“ vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde und somit für eine Beratung und Beschlussfassung hierüber in der heutigen Sitzung kein Raum mehr besteht.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist ferner darauf hin, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur der Tagesordnungspunkt 16 - Mitteilungen - vorgesehen ist. Er teilt mit, dass schriftliche nichtöffentliche Mitteilungen nicht vorliegen und die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:09 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.02.2026

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 10.02.2026 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Kinder-FerienCard für Braunschweig 26-28204 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 26-28204 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ergebnis:

Über den Beschlussvorschlag des Antrags 26-28204 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 06.03.2026 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

4.2. Wohnmobiltourismus zum Tag der Niedersachsen stärken 26-28361 Antrag der CDU-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 26-28361 die Stellungnahme 26-28361-01 sowie eine geänderte Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vorliegen, welcher der Verwaltungsausschuss gefolgt ist.

Ratsherr Schatta bringt den Antrag in der geänderten Fassung des Wirtschaftsausschusses ein und begründet diesen.

Im Anschluss an die Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag 26-28361 in der geänderten Fassung der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zur Abstimmung.

Beschluss:

Wir bitten die Verwaltung, einen Frauenstadtplan nach Augsburger Vorbild (siehe <https://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/gleichstellungstelle/frauenstadtplan>) zu erstellen und bis zum Tag der Niedersachsen in einer ersten Auflage zu veröffentlichen.

Der Stadtplan soll mindestens beinhalten:

- Straßen und Plätze, die Frauen gewidmet sind
- Biografische Daten und Fakten zu bedeutenden Braunschweigerinnen aus allen Lebensbereichen, historisch wie zeitgenössisch
- Anlaufstellen und Angebote für Frauen in Braunschweig
- WCs und Wickeltische
- „frauenORTE“.

Wo es sich anbietet, sollte der Plan Wegebeziehungen aufzeigen, die zum Erkunden der Stadt einladen (beispielsweise ein Wissenschaftlerinnen-Weg, eine Kultur-Runde, ein Politikerinnen-Pfad, ...).

Der Stadtplan soll auf der städtischen Webseite veröffentlicht werden und auch als gedrucktes Erzeugnis vorliegen, eine Einbindung in die Löwenbündel-App wäre wünschenswert. Perspektivisch kann im digitalen und damit unbegrenzten Raum das Informationsangebot über Frauenfiguren auch ausgeweitet werden.

Es ist ausdrücklich erwünscht, dass sich die Braunschweiger Gesellschaft durch Vorschläge an der Auswahl der porträtierten Frauen beteiligt; nach der ersten Auflage zum Tag der Niedersachsen kann der Inhalt für weitere Auflagen erweitert werden. Online ist eine laufende Erweiterung wünschenswert.

Für die grafische Gestaltung und den Druck beantragen wir die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen beschlossen

**4.3.1. Frauenstadtplan für Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung****26-28373-02**

Siehe Protokollierung zu TOP 4.3 / Drs.-Nr. 26-28373.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28373-02 wird zur Kenntnis genommen.

**4.4. Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen und
öffentlichen Gehwegen
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS****26-28465**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die vorliegende Empfehlung des Verwaltungsausschusses hin, den Antrag 26-28465 bis zur nächsten Gremienschiene zurückzustellen.

Ratsherr Behrens bringt den Antrag ein, begründet diesen und beantragt die Zurückstellung bis zur nächsten Gremienschiene.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Zurückstellung des Antrags 26-28465 bis zur nächsten Gremienschiene abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 26-28465 wird bis zur nächsten Gremienschiene zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis (zur Zurückstellung):

einstimmig beschlossen

- 4.5. Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen** **26-28476**
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und CDU

Ratsfrau Köhler bringt den interfraktionellen Antrag 26-28476 ein und begründet diesen.

Während der Aussprache übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth ab 14:56 Uhr die Sitzungsleitung.

Nach der Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth über den Antrag 26-28476 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Ortsgruppe Braunschweig e. V. wird auf Grundlage des Antrags vom 26.01.2026 für den Ausbau eines Gerätewagens Wasserrettung für 2026 eine um 45.000 € erhöhte Zuwendung gewährt.
2. Dem Verein POLDEH e. V. wird auf Grundlage seines Antrags vom 01.02.2026 für 2026 eine um 30.000 € erhöhte Zuwendung gewährt.
3. Den unter den Nummern 1 und 2 genannten über-/außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt unter Inanspruchnahme der im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von bis zu 75.000 €.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

Nach der Behandlung von Tagesordnungspunkt 4.5 übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung.

- 4.6. Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen** **26-28478**
Antrag der CDU-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 26-28478 der Änderungsantrag 26-28478-01 vorliegt, welcher den Ursprungsantrag ersetzt.

Ratsherr Pohler bringt den Antrag in der Fassung des Änderungsantrags ein und begründet diesen.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 26-28478-01 abstimmen.

Ergebnis:

Der Antrag 26-28478 wird durch den Änderungsantrag 26-28478-01 ersetzt.

4.6.1. Mittelbewirtschaftung: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen **26-28478-01**
Änderungsantrag zum Antrag 26-28478
Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Siehe Protokollierung zu TOP 4.6 / Drs.-Nr. 26-28478.

Beschluss:

1. Über die Kleiderkammer der Feuerwehr Braunschweig wird – nach Abfrage der benötigten Anzahl pro Kinderfeuerwehr – für die Mitglieder der 26 Kinderfeuerwehren in Braunschweig jeweils eine „Überjacke Kinderfeuerwehr“ mit Kosten in Höhe von maximal 55.000 Euro beschafft.
2. Der unter 1. genannten über- und außerplanmäßigen Aufwendung bzw. Auszahlung wird zugestimmt.
3. Die Deckung der unter 1. genannten über- und außerplanmäßigen Aufwendung bzw. Auszahlung erfolgt unter Inanspruchnahme der im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von bis zu 55.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

4.7. Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen **26-28479**
Antrag der SPD-Fraktion

Ratsherr Flake bringt den Antrag 26-28479 ein und begründet diesen.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft wird ein um 6.000 € erhöhter Mietnachlass („verdeckter Zuschuss“) für die Raummiete im Gebäude Fallersleber-Tor-Wall 16 gewährt.
2. Den unter Nummer 1 genannten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt unter Inanspruchnahme der im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von bis zu 6.000 €.

Abstimmungsergebnis

bei zwei Enthaltungen beschlossen

Nach der Behandlung von Tagesordnungspunkt 4.7 übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth die Sitzungsleitung.

**4.8. Mittelbewirtschaftung; Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN**

26-28480

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass im Rahmen der Vorberatung getrennt über Ziffer 1 und 2 sowie Ziffer 3 und 4 des Beschlussvorschlags des Antrags 26-28480 abgestimmt wurde, und kündigt eine entsprechend getrennte Abstimmung an.

Ratsvorsitzender Graffstedt bringt den interfraktionellen Antrag ein und begründet diesen.

Während der Aussprache übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt ab 15:11 Uhr wieder die Sitzungsleitung.

Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlags des Antrags 26-28480 abstimmen, danach stellt er Ziffer 3 und 4 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Förderkreis Gut Steinhof e. V. wird auf Grundlage des vorgelegten Kosten- und Finanzierungsplans vom 20.02.2026 mit einem städtischen Zuschuss in Höhe von 70.000 € bei der geplanten Sanierung des Rinderstalldaches sowie der Dachrinne am Speicherhaus des Landtechnik-Museums Gut Steinhof unterstützt.
2. Den unter Nummer 1 genannten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen wird zugestimmt.
3. Überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von bis zu 80.000 € zur Förderung eines weiteren Nachbarschaftszentrums (Produkt 1.31.3517.10) wird zugestimmt.
4. Die Deckung der in den Nummern 1 bis 3 genannten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen erfolgt unter Inanspruchnahme der im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von bis zu 150.000 €.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

Zu Ziffer 1 und 2: bei einigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen

Zu Ziffer 3 und 4: bei zwei Enthaltungen beschlossen

**4.9. 4 Jahre nach Kriegsbeginn: Partnerschaftsstein Kasan
aus dem Stadtbild entfernen
Antrag der FDP-Fraktion**

26-28496

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 26-28496 der Änderungsantrag 26-28496-01 vorliegt, und erläutert das Abstimmungsverfahren.

Ratsfrau Glogowski-Merten bringt den Antrag 26-28496 ein und begründet diesen.

Ratsfrau Jalyschko bringt den interfraktionellen Änderungsantrag 26-28496-01 ein und begründet diesen.

Während der Aussprache unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt aufgrund eines technischen Problems die Sitzung in der Zeit von 15:39 Uhr bis 16:14 Uhr für eine Pause.

Nach der Pause wird die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 4.9 / 4.9.1 fortgesetzt.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 26-28496-01 abstimmen. Er stellt fest, dass dieser angenommen wird und der Antrag 26-28496 damit als in der Fassung des Änderungsantrags 26-28496-01 angenommen gilt.

Ergebnis:

Mit Annahme des Änderungsantrags 26-28496-01 gilt der Antrag 26-28496 als in der Fassung des Änderungsantrags angenommen.

**4.9.1. 4 Jahre nach Kriegsbeginn: Partnerschaftsstein Kasan aus dem Stadtbild entfernen - Änderungsantrag
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die GRÜNEN und CDU 26-28496-01**

Siehe Protokollierung zu TOP 4.9 / Drs.-Nr. 26-28496.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, auf das Ruhen der am 17. Mai 1988 vom Rat beschlossenen Städtefreundschaft mit Kasan (Drs. XIII-114/88) an geeigneten Stellen, z. B. auf der städtischen Website, noch stärker als bisher hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen

5. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses 26-28447

Beschluss:

Frau Sabine Heinz wird als beratendes Mitglied als Vertreterin des Stadtelterrates im Jugendhilfeausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Berufung von einem Ortsbrandmeister und 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis 26-28314

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Bevenrode	Ortsbrandmeister	Becker, Michael
2	Bevenrode	Stellv. Ortsbrandmeister	Obermüller, Stefan
3	Querum	Stellv. Ortsbrandmeister	Malbrich, Sebastian

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. **Berufung von einem Ortsbrandmeister und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis** **26-28370**

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Stöckheim	Ortsbrandmeister	Kuthe, Eike
2	Stöckheim	Stellv. Ortsbrandmeister	Parkitny, Florian

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. **Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft zur Absicherung einer Bundeszuwendung für die Hafенbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH** **26-28273**

Beschluss:

Die von der Hafенbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH beantragte Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft zur Absicherung einer Bundeszuwendung in Höhe von bis zu 478.400 EUR zuzüglich etwaiger Zinsen und Kosten wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

9. **Neufassung der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten** **26-28274**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28274 die Ergänzungsvorlage 26-28274-01 vorliegt, und lässt anschließend über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Ergebnis:

beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 26-28274-01

- 9.1. **Neufassung der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten** **26-28274-01**

Siehe Protokollierung zu TOP 9 / Drs.-Nr. 26-28274.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Neufassung der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

10. Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG **26-28485**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28485 die Ergänzungsvorlage 26-28485-01 vorliegt, und lässt anschließend über die Vorlage und die Ergänzungsvorlage gemeinsam abstimmen.

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis (gemeinsame Abstimmung mit Ergänzungsvorlage 26-28485-01):

bei einer Enthaltung beschlossen

10.1. Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG **26-28485-01**

Siehe Protokollierung zu TOP 10 / Drs.-Nr. 26-28485.

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis (gemeinsame Abstimmung mit Vorlage 26-28485):

bei einer Enthaltung beschlossen

11. Haushaltsvollzug 2026 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG **26-28457**

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

12. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 26-28401

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28401 die Ergänzungsvorlage 26-28401-01 vorliegt. Er weist ferner darauf hin, dass im Rahmen der Vorberatung getrennt über die Anlagen 1 bis 4 der Vorlage 26-28401 abgestimmt wurde, und kündigt eine entsprechend getrennte Abstimmung an.

Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über die Vorlage 26-28401, getrennt nach den Anlagen 1 bis 4, abstimmen, danach stellt er die Ergänzungsvorlage 26-28401-01 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

- Anlage 1: einstimmig beschlossen
- Anlage 2: bei wenigen Gegenstimmen beschlossen
- Anlage 3: bei wenigen Gegenstimmen beschlossen
- Anlage 4: einstimmig beschlossen

12.1. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 26-28401-01

Siehe Protokollierung zu TOP 12 / Drs.-Nr. 26-28401.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“ 25-28002

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 25-28002 der Änderungsantrag 25-28002-01, die Stellungnahme 25-28002-02, die Ergänzungsvorlage 25-28002-03 sowie der Änderungsantrag 25-28002-04 vorliegen. Er teilt mit, dass unter den Fraktionen und Gruppen die Einigung erfolgt sei, zuerst den Änderungsantrag 25-28002-01 und danach den Änderungsantrag 25-28002-04 abzustimmen. Ratsvorsitzender Graffstedt erläutert die insofern vorgesehene Abstimmungsreihenfolge und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Sodann bringen Ratsfrau Braunschweig den Änderungsantrag 25-28002-04 und Ratsfrau Ohnesorge den Änderungsantrag 25-28002-01 ein und begründen diesen jeweils.

Stadträtin Dr. Rentzsch führt zum vorgelegten Verwaltungskonzept im Kontext der Änderungsanträge aus.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zuerst über den Änderungsantrag 25-28002-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach lässt er über den Änderungsantrag 25-28002-04 abstimmen und stellt fest, dass dieser angenommen wird. Anschließend stellt er die Vorlage 25-28002 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-28002-03 ergänzt um den Beschlusstext des Änderungsantrags 25-28002-04 in geänderter Fassung zur Abstimmung.

Ergebnis:

beschlossen in der geändert beschlossenen Fassung der Ergänzungsvorlage 25-28002-03

- 13.1. Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“ Änderungsantrag zur Vorlage 25-28002 Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 25-28002-01**

Siehe Protokollierung zu TOP 13 / Drs.-Nr. 25-28002.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern („FairKosten – Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“) wird beschlossen. Der Fördertopf wird mit Mitteln in Höhe von 150.000 Euro pro Jahr nach Maßgabe des Haushalts ausgestattet.

Zusätzlich wird eine „Kreditlinie“ i. H. v. 150 Euro in das Konzept integriert, die mit weiteren 63.000 Euro ausgestattet wird.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt

- 13.2. Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“ Stellungnahme der Verwaltung 25-28002-02**

Siehe Protokollierung zu TOP 13 / Drs.-Nr. 25-28002.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-28002-02 wird zur Kenntnis genommen.

13.3. Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“ **25-28002-03**

Siehe Protokollierung zu TOP 13 / Drs.-Nr. 25-28002.

Beschluss (geändert, ergänzt um den beschlossenen Änderungsantrag 25-28002-04):

Die als Anlage beigefügte Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern („Fördertopf Mittagessen in der Schule“) wird beschlossen. Der Fördertopf wird mit Mitteln in Höhe von 150.000 Euro pro Jahr nach Maßgabe des Haushalts ausgestattet.

1. Gesamtkonzept

Die Verwaltung wird beauftragt, die „Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern“ („Fördertopf Mittagessen in der Schule“) in ein weiterzuentwickelndes Gesamtkonzept zur Sicherstellung des Grundsatzes „Kein Kind ohne Mittagessen“ einzubetten.

Dieses Gesamtkonzept soll alle bestehenden und potenziellen Unterstützungsinstrumente systematisch darstellen, aufeinander abstimmen und Versorgungslücken identifizieren. Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen:

- Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT),
- der kommunale Fördertopf „FairKosten“,
- ergänzende städtische Mittel,
- Kooperationen mit Stiftungen, Wohlfahrtsverbänden und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen,
- Beiträge von Fördervereinen,
- flexible Vereinbarungen mit Caterern und Schulen im Zuge veränderter Abrechnungsstrukturen.

Ziel ist ein transparentes, niedrighwelliges und diskriminierungsfreies System, das soziale Ausgrenzung beim Mittagessen verhindert.

2. Zeitlich befristete Notfalllösung

Im Rahmen des Gesamtkonzepts ist ein Verfahren vorzusehen, das es Schulen ermöglicht, in begründeten Einzelfällen und zeitlich befristet die Teilnahme am Mittagessen auch ohne unmittelbare Kostenbeteiligung sicherzustellen.

Diese Notfallregelung dient der Überbrückung kurzfristiger finanzieller Engpässe und soll perspektivisch darauf hinwirken, dass reguläre Unterstützungsleistungen (insbesondere BuT oder FairKosten) beantragt und in Anspruch genommen werden.

Zur Finanzierung dieser Notfallfälle werden zusätzlich 30.000 Euro pro Jahr bereitgestellt, sofern eine Finanzierung nicht durch Dritte (z. B. Stiftungen, Fördervereine oder sonstige Unterstützende) erfolgen kann.

Die Bereitstellung der Mittel ist entsprechend im jeweiligen Haushalt vorzusehen. Mit Auslaufen der bisherigen Kreditlinienregelung im laufenden Haushaltsjahr sind die hierfür bislang vorgesehenen Mittel vorrangig zur Absicherung der Notfallunterstützung einzusetzen.

3. Evaluation und Ressourcen

Die Verwaltung berichtet dem Schulausschuss bis zum Dezember 2026 über:

- die Inanspruchnahme der Notfallregelung,
- die Anzahl der erreichten Fälle,
- die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Vermeidung von Ausschlüssen,
- sowie ggf. erforderliche Anpassungen des Konzepts.

Im Rahmen der Umsetzung ist zu prüfen, ob zusätzliche personelle Ressourcen zur administrativen Begleitung erforderlich sind.

Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulträger, Schule, Jugendhilfeträgern an Grundschulen sowie der Schulsozialarbeit sicherzustellen, um soziale und wirtschaftliche Belastungssituationen frühzeitig erkennen und im Einzelfall angemessen reagieren zu können. Ziel ist es, auch in Fällen verdeckter oder nicht unmittelbar erkennbarer Unterstützungsbedarfe eine Teilnahme am Mittagessen zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

- 13.4. Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern; „FairKosten - Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“ Antrag zur Vorlage 25-28002 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN** **25-28002-04**

Siehe Protokollierung zu TOP 13 / Drs.-Nr. 25-28002.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Drs.-Nr. 25-28002 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-28002-03 wird wie folgt ergänzt:

1. Gesamtkonzept

Die Verwaltung wird beauftragt, die „Richtlinie der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern“ („FairKosten – Fördertopf Mittagsverpflegung in der Schule“) in ein weiterzuentwickelndes Gesamtkonzept zur Sicherstellung des Grundsatzes „Kein Kind ohne Mittagessen“ einzubetten.

Dieses Gesamtkonzept soll alle bestehenden und potenziellen Unterstützungsinstrumente systematisch darstellen, aufeinander abstimmen und Versorgungslücken identifizieren. Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen:

- Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT),
- der kommunale Fördertopf „FairKosten“,
- ergänzende städtische Mittel,
- Kooperationen mit Stiftungen, Wohlfahrtsverbänden und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen,
- Beiträge von Fördervereinen,
- flexible Vereinbarungen mit Caterern und Schulen im Zuge veränderter Abrechnungsstrukturen.

Ziel ist ein transparentes, niedrighschwelliges und diskriminierungsfreies System, das soziale Ausgrenzung beim Mittagessen verhindert.

2. Zeitlich befristete Notfalllösung

Im Rahmen des Gesamtkonzepts ist ein Verfahren vorzusehen, das es Schulen ermöglicht, in begründeten Einzelfällen und zeitlich befristet die Teilnahme am Mittagessen auch ohne unmittelbare Kostenbeteiligung sicherzustellen.

Diese Notfallregelung dient der Überbrückung kurzfristiger finanzieller Engpässe und soll perspektivisch darauf hinwirken, dass reguläre Unterstützungsleistungen (insbesondere BuT oder FairKosten) beantragt und in Anspruch genommen werden.

Zur Finanzierung dieser Notfallfälle werden zusätzlich 30.000 Euro pro Jahr bereitgestellt, sofern eine Finanzierung nicht durch Dritte (z. B. Stiftungen, Fördervereine oder sonstige Unterstützende) erfolgen kann.

Die Bereitstellung der Mittel ist entsprechend im jeweiligen Haushalt vorzusehen. Mit Auslaufen der bisherigen Kreditlinienregelung im laufenden Haushaltsjahr sind die hierfür bislang vorgesehenen Mittel vorrangig zur Absicherung der Notfallunterstützung einzusetzen.

3. Evaluation und Ressourcen

Die Verwaltung berichtet dem Schulausschuss bis zum Dezember 2026 über:

- die Inanspruchnahme der Notfallregelung,
- die Anzahl der erreichten Fälle,
- die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Vermeidung von Ausschlüssen,
- sowie ggf. erforderliche Anpassungen des Konzepts.

Im Rahmen der Umsetzung ist zu prüfen, ob zusätzliche personelle Ressourcen zur administrativen Begleitung erforderlich sind.

Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulträger, Schule, Jugendhilfeträgern an Grundschulen sowie der Schulsozialarbeit sicherzustellen, um soziale und wirtschaftliche Belastungssituationen frühzeitig erkennen und im Einzelfall angemessen reagieren zu können. Ziel ist es, auch in Fällen verdeckter oder nicht unmittelbar erkennbarer Unterstützungsbedarfe eine Teilnahme am Mittagessen zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

bei vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschlossen

14. Anfragen

Die Behandlung der Anfragen erfolgt in der Zeit von 16:54 Uhr bis 17:31 Uhr.

- 14.1. Endlich Sicherheit für Beschäftigte und Patienten: Wie ist die wirtschaftliche Situation am Klinikum Braunschweig? Anfrage der CDU-Fraktion** **26-28515**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 26-28515-01).

- 14.1.1. Endlich Sicherheit für Beschäftigte und Patienten: Wie ist die wirtschaftliche Situation am Klinikum Braunschweig? Stellungnahme der Verwaltung** **26-28515-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28515-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 14.2. Winterdienst in der Stadt Braunschweig transparent gestalten Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS** **26-28511**

Während der Behandlung von Tagesordnungspunkt 14.2 übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth ab 17:11 Uhr die Sitzungsleitung.

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Hanusch (Stellungnahme 26-28511-01).

- 14.2.1. Winterdienst in der Stadt Braunschweig transparent gestalten Stellungnahme der Verwaltung** **26-28511-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28511-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 14.3. Seit wann wurde das Braunschweiger Zwei-Standorte-Konzept durch eine Distanzregel gefährdet? Anfrage der AfD-Fraktion** **26-28516**

Während der Behandlung von Tagesordnungspunkt 14.3 übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt ab 17:15 Uhr wieder die Sitzungsleitung.

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 26-28516-01).

- 14.3.1. Seit wann wurde das Braunschweiger Zwei-Standorte-Konzept durch eine Distanzregel gefährdet? Stellungnahme der Verwaltung** **26-28516-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28516-01 wird zur Kenntnis genommen.

**14.4. Entbürokratisierung und Beschleunigung kommunaler
Verfahren
Anfrage der CDU-Fraktion**

26-28514

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leppa (Stellungnahme 26-28514-01).

**14.4.1. Entbürokratisierung und Beschleunigung kommunaler
Verfahren
Stellungnahme der Verwaltung**

26-28514-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28514-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen oder Beschlusspunkte vorliegen. Er schließt die Sitzung um 17:32 Uhr.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin